



Repression und multiple Krisen

Im August jährte sich die erneute Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. Eine ausführliche Bilanz der Entwicklungen der letzten 14 Monate. Von Thomas Ruttig

Sie habe schon immer Burka getragen, wenn sie dienstlich über Land fuhr, erzählt Chatera* am Telefon. „Das war meine eigene Entscheidung. Ich kann schwer ertragen, dass mir das jetzt aufgezwungen wird“, sagt sie, und meint damit die Anordnung der Talibanregierung vom Mai, laut der alle afghanischen Frauen in der Öffentlichkeit ab sofort Körper und Gesicht verhüllen müssen. Für Paschtana*, die in Kabul für eine NGO arbeitet, ändert sich wenig: „Unsere Eltern waren schon vor den Taliban Moslems, haben darauf geachtet, was ihre Töchter tragen und dass die Frauen sich verschleiern.“

Saleha*, Lehrerin in Balch, erzählt, dass viele Frauen sich dem Schleierdekret unterwürfen, weil sie den Taliban „keinen

Vorwand liefern wollen, die Schulen zu schließen“. Balch gehört zu den – neun, nach anderen Angaben 13 – afghanischen Provinzen, von insgesamt 34, in denen weiterführende staatliche Mädchenschulen weiterhin offen sind. (Private Mädchenschulen sollen landesweit ohne Altersbeschränkung offen sein. Auch NGOs berichten, dass ihre Schulen weiterarbeiten können.) „Die Mädchen in meiner Heimatstadt Bamian kümmern sich nicht darum, was die Taliban denken“, sagt wiederum Schah Gul*. Dann relativiert die frischgebackene Uni-Absolventin jedoch: Weil die neuen Herrscher angekündigt haben, sie würden ihre Väter oder Brüder für Verletzungen der Vorschrift zur Verantwortung ziehen, befolgten viele Mädchen sie doch, um ihre Familien zu schützen.

Proteste werden unterbunden

Diese Variante von Sippenhaft gehört zum Instrumentarium, mit dem die Taliban nach dem schmachvollen Abzug des Westens und ihrer Machtübernahme im August 2021 ihre Vorstellung einer islamischen Ordnung umsetzen wollen. Dabei wollen sie sich vom Westen nicht hereinreden las-

Mitarbeit: Sayeda Rahimi, Kabul

* Die Namen der interviewten Frauen wurden zu ihrem Schutz verändert.

sen. Und auch im Innern erklärten sie jegliche friedliche Opposition, die sich „außerhalb der Scharia“ bewegt, zur „Rebellion“: Seit März gibt es keine öffentlichen Proteste von Frauen mehr, die nach der Machtübernahme der Taleban immer wieder in kleinen Gruppen unter Slogans wie „Brot, Arbeit, Freiheit“ auf die Straße gegangen waren und damit die politische Hegemonie der Taleban herausgefordert hatten. Viele ziehen sich in Privaträume und soziale Medien zurück und posten dort ihren Protest. Zuletzt protestierten Mitte September Mädchen und ihre Lehrerinnen in Gardes und Tsamkanai in der Südostprovinz Paktia, nachdem dort ihre bis dahin offenen und von örtlichen Stammesführern unterstützten Schulen ebenfalls geschlossen wurden. Ende September gingen in Kabul Mädchen in Unterstützung der protestierenden iranischen Frauen auf die Straße. In beiden Fällen unterbanden die Taleban die Proteste schnell. Eine junge Kabulerin, Teil der Protestbewegung, nutzt den Schleier, „damit ich von den Taleban nicht erkannt und verhaftet werde“.

Zusätzlich verspielten die Taleban die Chance, die Mitarbeiter der alten Regierung für sich zu gewinnen und somit ein halbwegs reibungsloses Weiterfunktionieren des Staatsapparats sicherzustellen. Trotz eines Amnestieversprechens kommt es immer wieder zu Festnahmen, sogar Morden, von denen niemand mit Gewissheit sagen kann, ob da alte Rechnungen aus einem Krieg beglichen werden, den alle Seiten extrem brutal führten, oder ob das die Politik der Talebanführung ist, um möglichen Dissens zu unterdrücken.

Es mehren sich Berichte, denen zufolge die Taleban ehemalige Angehörige der Sicherheitskräfte der Vorgängerregierung und von ins Ausland geflohenen ehemaligen Mitarbeitern westlicher Stellen fest-

nehmen, im ersten Fall, um sie daran zu hindern, sich bewaffneten Widerstandsgruppen anzuschließen. Auch dabei kommt es zu Sippenhaft. Werden sie Gesuchten nicht angetroffen, nehmen die Taleban Familienmitglieder als Geiseln oder setzen sie anderweitig unter Druck. Immerhin kommen die Betroffenen in den meisten Fällen nach wenigen Tagen wieder frei. Aber er gibt auch Fälle von Menschen, die „verschwunden“ sind, also offenbar länger festgehalten werden, und von erwiesenen extralegalen Erschießungen.

Die Medien stehen nicht unter voller Taleban-Kontrolle. Die Taleban haben die bisherigen Staatsmedien wie die Nachrichtenagentur Bachtar (BIA), die Kabul-Times und Radio/TV Afghanistan (RTA) übernommen und wieder aktiviert.

Eine Reihe unabhängiger Medien kann zwar weiter im Land arbeiten und berichtet zum Teil kritisch, übt aber nach Warnungen der Taleban sichtbar Selbstzensur.

Taleban in doppeltem Dilemma

Insgesamt sorgt die erratische Politik der Talebanführung und ihr mangelnder gesetzlicher Rahmen dafür, dass sich niemand in Afghanistan sicher sein kann, wann er oder sie unsichtbare rote Linien individueller Taleban-Kämpfer oder -Kommandeure übertritt und Strafen riskiert. Gleichzeitig kommt, wie bereits während der ersten Herrschaft der Taleban, ihre Religions- und Sittenpolizei *Amr-bil-Maruf* kaum hinterher, alle Verbote durchzusetzen. Die erratische Politik lässt gleichzeitig auch Taleban-Akteuren auf Provinz- oder Distriktebene weiten Spielraum, der in beide Richtungen ausschlagen kann: entweder hin zu sogar noch mehr Repression oder etwa dazu, dass mancherorts weiterführende Mädchenschulen eben doch weiterarbeiten können.

Damit haben die Taliban sich in ein doppeltes Dilemma manövriert, das ihr Regime in eine Legitimationskrise stürzt. Zum einen haben ihre Unterdrückungsmaßnahmen – wie bereits während ihrer ersten Herrschaft von 1996 bis 2001 – in die internationale Isolation geführt.

Denn der Westen versagt dem Talibanregime die politische Anerkennung. Die sogenannten Geberstaaten verhängten Sanktionen und froren afghanische Guthaben im Ausland ein. Dadurch bleiben Entwicklungszahlungen aus, die unter der alten Regierung drei Viertel der Staatsausgaben deckten. In bisher regierungsgeführten Bereichen wie dem Gesundheits- und Bildungswesen sowie bei NGOs fielen seitdem massenhaft Jobs weg. Zudem drängten die Taliban bzw. die Angst vor ihnen viele Frauen aus der Lohnarbeit. Das alles führte in eine humanitäre Krise und zu einem Zusammenbruch großer Bereiche der Wirtschaft.

Humanitäre Krise

Laut *UNO* verzeichneten seit August 2021 acht von zehn Haushalten deshalb „drastische“ Einkommensrückgänge. Die Armutsquote liegt über 90 Prozent; die Hälfte der Bevölkerung steht vor dem herannahenden Winter weiter am Rande des Hungers. Das seien „mehr Menschen als in jedem anderen Land der Welt“, so Martin Griffiths, UN-Koordinator für Humanitäres, im Juni vor dem Weltsicherheitsrat. Er befürchtet ein ähnliches Szenario zum Jahresende: „Die meisten ländlichen Haushalte werden ihre Nahrungsmittelreserven in diesem Jahr gefährlich früh aufgebraucht haben – wegen der schlimmsten Dürre seit 30 Jahren.“

Da der Westen diese humanitäre Krise nicht ignorieren kann, hat sich unterhalb der Schwelle einer diplomatischen Anerkennung eine pragmatische Kooperation zwischen den „de-facto-Autoritäten“, wie

der Westen die Taliban nennt, und Hilfswerken herausgebildet. Die USA gaben Gelder wieder frei, die über die *UNO* an ein NGO-Konsortium in Afghanistan – und damit an den Talibanbehörden vorbei – geleitet werden. Das gab es bereits vorher bei der Bekämpfung von Covid-19, der Polio-Immunsierung und griff auch bei der Überwindung

Die Taliban bekämpfen die Korruption wirksamer als die westlich gestützte Regierung.

der Folgen der Erdbebenkatastrophe im Juni 2022 in Südostafghanistan. Normalisieren die Taliban ihr Verhältnis zum Westen nicht wenigstens teilweise, könnte das zusammen mit der sich verschärfende zyklische Dürre zu einer Dauerkrise führen.

Zum Zweiten: Finden sie mittelfristig keine Lösungen für die Wirtschaftskrise, könnten sich nicht nur jene Teile der Bevölkerung gegen sie wenden, die ihnen bisher zugutehielten, dass sie mit ihrem Sieg den Abzug der ausländischen Truppen, den Zusammenbruch der alten Regierung und damit ein Ende des Krieges herbeigeführt haben, sondern auch die, die aus Angst jetzt noch stillhalten oder sich anpassen. Es ist im Westen viel zu wenig bekannt, welches Ausmaß von Gewalt auch die früheren Regierungstruppen und ihre ausländischen Verbündeten im Kampf gegen die Taliban anwandten und damit große Teile der Landbevölkerung gegen sich aufbrachten.

Wirtschaftspolitik trotz Sanktionen

Millionen Menschen leben bereits seit Jahren in Gebieten unter Talebankontrolle und hatten gar keine andere Wahl als sich anzupassen. „Es gibt keinen offenen Protest gegen die Taliban“, berichtete der Analyst Sahil Af-

ghan Ende 2020, „aber nicht, weil es nichts zu beschweren gibt, sondern weil die Leute es für zu gefährlich halten.“

Sollten die Taliban dem Wunsch nach mehr Offenheit nachgeben, könnte das aber auch zu Brüchen im eigenen Lager führen. Immerhin hatte ihr Führer Hebatullah Achundzada angekündigt, dass es bei der Umsetzung der Scharia „keine Kompromisse“ geben werde und er schrittweise alle weltlichen Gesetze abschaffen will. Fraglich ist allerdings, wie viele Mitglieder selbst der inneren Talibanführung diesen Kurs mittragen. Sogar unter ihnen wird immer wieder die Forderung nach Wiedereröffnung aller Mädchenschulen laut. Gleichzeitig aber folgen sie bisher weiter der Parteilinie, um die Einheit der Talibanbewegung nicht zu kompromittieren.

Während die Taliban vor 2001 die Versorgung der Bevölkerung weitestgehend der UN und Nichtregierungsorganisationen überließen, sind heute immerhin Ansätze einer Wirtschaftspolitik erkennbar. Ihre Minister verhandeln mit Vertretern Washingtons und der Weltbank um die Freigabe der eingefrorenen afghanischen Staatsguthaben. Inzwischen wurde in der Schweiz ein Fonds eingerichtet, in den die USA einen Teil der eingefrorenen Gelder überweisen soll, die dann über die UN humanitären Zwecken zugeleitet werden sollen. Das ist aber bisher noch nicht geschehen, da die Taliban den *al-Qaida*-Anführer Aiman al-Sawahiri in Kabul beherbergten, was die USA als Bruch ihres Abkommens mit den Taliban vom Februar 2020 betrachten. Dort wurde er Ende Juli durch einen US-Drohnenanschlag getötet.

Mit dem deutlich gesteigerten Kohleexport nach Pakistan, das die weltweite Brennstoffkrise hart traf, ist den Taliban bei der Einnahmensteigerung aber ein kleiner Coup gelungen. Allerdings stagniert

der Handel mit den anderen Nachbarn wie Iran und Zentralasien.

Dafür bekämpfen die Taliban im eigenen Land die Korruption wirksamer als die alte, westlich gestützte Regierung und erhöhten auch dadurch die Staatseinnahmen aus Steuern und Handel. Das Kriegsende erlaubt insgesamt wieder mehr Wirtschaftstätigkeit. Und sie lassen dem aktiven Privatsektor freien Raum, der neben der agrarischen Subsistenzwirtschaft in allen kriegsbedingten Krisen der letzten 40 Jahre das Überleben der Bevölkerung sicherte, erließen Kleinunternehmern sogar Steuern. Allerdings fehlt es Unternehmern und Händlern an Kapital und damit oft auch an Rohstoffen.

Im Privatsektor dürfen auch Frauen weiterhin arbeiten. Denn auch der Ausschluss der Frauen aus der Arbeitssphäre ist keineswegs total. Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) ging die Zahl der arbeitenden Frauen seit vorigem August zwar um 21 Prozent zurück, doch hätten damit noch immer vier von fünf der früher arbeitenden Frauen weiter ein Einkommen – wenn auch die Löhne fallen (viele Unternehmer kommen nicht an Bargeld) und die Inflation zunimmt. Dem Privatsektor lassen die Taliban offenbar freie Hand, solange Frauen nicht mit Männern im gleichen Raum arbeiten. Die meisten Frauen sind laut ILO im Textilgewerbe beschäftigt. Viele arbeiten auch bei Privatbanken.

Den Taliban zufolge arbeiten sogar die meisten der zuvor bei Regierungsstellen beschäftigten 120.000 Frauen wieder, auch dort von den Männern getrennt. Westliche Journalist:innen bestätigen dies für die technischen Abteilungen etwa des Finanzministeriums. Allerdings ist unklar, ob die Taliban auch jene Frauen zählen, die sich nur einmal pro Woche an ihrem Arbeitsplatz zum Einschreiben melden

müssen, um weiter ihr Gehalt zu bekommen, wie Schugufa* erzählt, die in Herat bei der Stadt arbeitet.

Gleichzeitig wird den Taleban vorgeworfen, dass sie die Auswahl von Studienfächern für Studentinnen eingeschränkt haben. Sie kontern mit der Feststellung, für manche Fachrichtungen hätten sich nicht genügend junge Frauen gemeldet. Klar ist: Ihre vorangegangenen Einschränkungen haben sicher dazu geführt, dass weniger Mädchen studieren wollen (bzw. sich trauen) und auch Eltern aus Furcht ihre Bewegungs- und Wahlfreiheit einschränken.

Die Hälfte des Talebanbudgets fließt laut dem Wirtschaftsmagazin *The Economist* allerdings in den Bereich Verteidigung, obwohl sich das Regime nur marginalen inneren und keinen äußeren Bedrohungen gegenüber sieht. Die Talebanführung muss ihre Kämpfer weiterbezahlen, denn sie kann sie nicht demobilisieren, weil die schrumpfende Wirtschaft sie nicht absorbieren kann. Der Gesamtetat von umgerechnet 2,6 Milliarden US-Dollar ist schon mit einem Defizit von 500 Millionen belastet. Offenbar hoffen die Taleban, das Loch durch erhöhte humanitäre und Entwicklungsgelder sowie Steuererhöhungen zu stopfen.

Das Regime sitzt fest im Sattel

Bisher dominierte in der Talebanführung „noch die Ideologie über Pragmatismus“, wie der afghanische Journalist Fazelinullah Qazizai schreibt. Dort haben die Ultrakonservativen um Hebatullah die Oberhand, wenn vielleicht auch nicht zahlenmäßig. Der pragmatischere Flügel um Vizeregierungschef Mulla Abdul Ghani „Baradar“ und die „Prinzlinge“ Seradschuddin Haqqani und Mulla Muhammad Yaqub wollen „Gott und dem Land“ dienen, wie der afghanische Medienunternehmer Saad Mohseni schrieb, Hebatullah und sein Kreis „Gott allein“.

Haqqani ist der Sohn Dschalaluddin Haqqanis vom sogenannten Haqqani-Netzwerk, einer regionalen Taleban-Untergruppe, die für ihre engen Beziehungen zu Pakistans Geheimdienst ISI bekannt ist und die viele während des Krieges bis 2021 für die terroristische Avantgarde der Taleban hielten; Yaqub Sohn des in der Bewegung fast heiliggesprochenen Taleban-Gründers Mulla Muhammad Omar. Als Innen- bzw. Verteidigungsminister bekleiden sie Schlüsselposi-

Langfristig die größten Probleme gehen von der Wirtschafts- und humanitären Krise aus.

onen und stehen für eine jüngere Generation von Taleban-Führern, die dereinst wohl die Macht übernehmen wird.

Ob und wann die Führungsgruppe um Hebatullah begreifen wird, dass der Ausschluss von Frauen und Mädchen aus weiten Bereichen des öffentlichen Lebens mit der Welt des 21. Jahrhunderts nicht vereinbar ist, ist unklar. Woher Ärztinnen und Lehrerinnen kommen sollen, wenn der weibliche Nachwuchs aus den Universitäten ausbleibt, ist ihr Geheimnis. Ihre Mitglieder verweigern jeglichen Direktkontakt mit westlichen und sogar den meisten internationalen islamischen Akteuren. Allerdings sind sie weiter deutlich an einer internationalen Anerkennung und einer Aufhebung der Sanktionen interessiert. Mohseni geht davon aus, dass eine Machtübernahme der jüngeren Pragmatiker „wahrscheinlich evolutionär und nicht durch einen Coup“ erfolgen wird.

Trotzdem sitzen die Taleban ein Jahr nach ihrer erneuten Machtübernahme mangels einer organisierten Opposition auf absehbare Zeit fest im Sattel. Ähnlich wie

alle Vorgängerregierungen sind sie allerdings nicht in der Lage, das gesamte Territorium permanent zu besetzen und zu kontrollieren.

Marginaler bewaffneter Widerstand

Die anhaltenden, wenn auch sporadischen und begrenzten Proteste von Frauen gefährden – mangels unterstützender zivilgesellschaftlicher Strukturen – ihre Herrschaft nicht. Dasselbe gilt für den zersplitterten bewaffneten Widerstand in Teilen von Nord-Afghanistan, mit dem Zentrum im Pandschir- und Andarab-Tal, und die Terrorangriffe des örtlichen Ablegers des Islamischen Staates (ISKP), denen eine breitere soziale Basis fehlt. Die bewaffneten Widerstandsgruppen sind wenig populär, da sie ähnliche terroristische Mittel einsetzen wie die Taliban während ihrer insurgency-Phase, oder auf Fraktionen zurückgehen, die Bestandteil des korrupten politischen Systems vor 2021 waren, aber auch, weil sie für ihren Ethnozentrismus bekannt sind. Ähnliches gilt für die im Exil entstehenden neuen Parteien.

Die Führung der wohl stärksten bewaffneten Gruppe, der Nationalen Widerstandsfront (NRF), befindet sich mit russischer Duldung in Tadschikistan, aber selbst Russland lässt keine Waffenlieferungen an sie zu. Auch darüber hinaus werden sie von keinem internationalen Akteur aktiv unterstützt. „Weder Russland noch China (oder die anderen zentralasiatischen Staaten) wollen bewaffnete Afghanen, die in Zentralasien an grenzüberschreitenden Kriegshandlungen teilnehmen“, schrieb der Afghanistan-Kenner Barnett Rubin. „Sie wissen, wie solch eine Situation in den 1980er Jahren Pakistan destabilisiert hat.“

Im Land begrenzt vor allem die allgemeine Kriegsmüdigkeit ihr Mobilisierungspotenzial, die die Bevölkerung in vielen Lan-

desteilen dazu brachte, sich mit der Taliban-Herrschaft zu arrangieren. Ihre fehlende Koordination erlaubte es den Taliban bisher stets, jeweils konzentriert Kräfte gegen örtliche Rebellionen in den Kampf zu werfen. Vor allem Anschläge von ISKP sorgen aber immer wieder für eine hohe Zahl an zivilen Opfern, v.a. unter schiitischen Bevölkerungsgruppen wie den Hazara. Dessen Vorgehen grenzt auch nach Ansicht unabhängiger Beobachter an Völkermord.

Eine größere Gefahr stellen ethnische Spannungen dar. Nach der Verdrängung von ohnehin im nationalen Führungspersonal der Taliban unterrepräsentierten Nicht-Paschtunen wächst Unmut. Langfristig die größten Probleme für das Taliban-Regime gehen von der Wirtschafts- und insbesondere der drohenden zyklischen humanitären Krise aus, verstärkt durch die zunehmenden Auswirkungen der weltweiten Klimakrise auf die Ökologie Afghanistans.

Afghan:innen, die mit offenem Widerstand nicht ihr Leben riskieren wollen, bleiben zwei Optionen: das Land verlassen oder sich anpassen und etwas persönlichen Spielraum bewahren. So wie Schah Gul und ihre Freundinnen, die sich zwar verhüllen, aber nicht so, wie die Taliban es verlangen. Ihr Bruder in Bamian, so erzählt Schah Gul, arbeitet inzwischen für die Taliban-Moralpolizei: „Zögernd, weil es keine anderen Jobs gibt.“

Was die in Europa oft dominierende Schleierdebatte betrifft, schrieb die aus Afghanistan stammende, in Deutschland lehrende Hochschullehrerin Jasamin Ulfat, der Verhüllungserlass sei zwar „die harscheste Taliban-Maßnahme gegen Frauen bisher“. Aber: „Die Schulbildung wegzunehmen und die Bewegungsfreiheit der Frauen einzuschränken ist weitaus schlimmer als ein Schleier. Ein Schleier ist nur sichtbarer als die anderen Einschränkungen.“